

## Inhalt

- Wissenschaftler ringen um den „Armutsbegriff“
- Feinstaub schadet der Gesundheit - bloß wessen?
- Die zehn dummen Fragen der Philosophie (Teil III)

Die Regierung lässt die Armut erforschen, über die sie regiert:

## Wissenschaftler ringen um den „Armutsbegriff“

Im März kommt der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heraus, und die Öffentlichkeit interessiert sich dafür genau eine Meldung lang. Das reicht auch, denn das Forschungsergebnis – die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer – ist wirklich nichts Neues und wird auch von keiner Seite ernsthaft bestritten. Im Gegenteil: Löhne runter und Profite rauf ist das erklärte Kampfprogramm, mit dem die regierenden Sachverständigen für Wirtschaft den Standort an die Weltspitze führen wollen. Nach 4 Jahren Studium und 370 Seiten landen die regierungsunabhängigen Sachverständigen für Armut bei haargenau der gleichen Therapie: „Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ... weitere Senkung der Lohnnebenkosten ... neue Formen der privaten Sicherung ... Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit im Niedriglohnbereich“ (S. 196 ff). Von wegen Arme bräuchten mehr Geld! Auch Armutsforscher gelangen zu der äußerst vernünftigen Einsicht, dass Armut nur durch mehr Verarmung bekämpft werden kann.

Die Botschaft, mit der diese Wissenschaftler in den Grundkonsens der Schröder-Republik einstimmen, ist keinen zweiten Blick wert, eher schon die verschlungenen Pfade, auf denen sie sich zu ihrer recht konventionellen Botschaft hinarbeiten.

### Armut vermessen statt Armut erklären.

Armut ist nichts Schönes; Armut festzustellen, ist noch allemal eine Kritik an der Gesellschaft, in der sie mit wachsendem Reichtum immer nicht weniger werden will, eher umgekehrt, also offenbar systematisch dazugehört. Das ist auch den Armutsforschern klar – und eben deswegen wollen sie offensichtlich diese Diagnose keinesfalls so stehen lassen. Heute ist man aber nicht mehr so naiv, die massenhafte Armut einfach zu leugnen – etwa durch das schöne Argument, dass es bis auf ein paar Ausnahmen allen doch bestens gehe, man arbeitet sich vielmehr zu einem ‚differenzierten Bild‘ der leidigen Sache hin, die sie in einem ganz anderen Licht erscheinen lässt. Und das geht so:

„Armut und Reichtum sind als gesellschaftliche Phänomene untrennbar mit Werturteilen verbunden. Hinter jeder Interpretation des Armuts- und auch des Reichtumsbegriffs und hinter jedem darauf beruhenden Messverfahren stehen Wertüberzeugungen. Deshalb ist die Aufgabe, Armut ‚messbar‘ zu machen, im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar. Möglich ist aber, ein differenziertes Bild über die Gesellschaft und über soziale Ungleichheit zu zeichnen.“ (S. 5)

Als Erstes geben die Forscher, die im Regierungsauftrag den Stand der Armut im Land ermitteln sollen, die Unmöglichkeit zu Protokoll, die ihnen gestellten Aufgabe befriedigend zu lösen. Streng wissenschaftlich und objektiv gesehen ist es unmöglich, etwas Haltbares zur Armut zu sagen. Damit ist vor jedem bestimmten Urteil die Selbstverständlichkeit getilgt, dass es die Sache gibt, von der jeder, der sie zu erforschen verspricht, ebenso selbstverständlich ausgeht wie die Ministerin, die einen Armutsreport in Auftrag gibt. Es ist ja nicht so, dass das ‚Phänomen‘ Armut unbekannt wäre; nicht einmal das ist irgendjemand ein Geheimnis, dass dieses ‚Phänomen‘ mit der Art und Weise zu tun hat, wie in dieser Gesellschaft der Reichtum produziert und verteilt wird, dass in einem System, wo Rentabilität und Kostenkalkulation das Produzieren bestimmt, der Lohn Kost ist, Arbeit also billig und ertragreich für ihre Anwender zu sein hat, sich der Reichtum regelmäßig auf der einen Seite vermehrt, auf der anderen aber eher nicht. Das einzig Interessante und Aufklärensvalue wäre also – ‚streng wissenschaftlich‘ gesehen – die Frage nach der *Notwendigkeit des allen Bekannten*, warum und wie mit dem Reichtum, der in dieser Gesellschaft produziert wird und regelmäßig nur gewisse Kreise bereichert, zugleich die Armut, der Ausschluss von diesem nicht gerade knapp bemessenen Reichtum, mitproduziert wird. Nicht so die Armutsforscher. Die Befassung mit der verbreiteten Armut, deren Erklärung unweigerlich *in ein* – nicht gerade positives – ‚Werturteil‘ über die Gesellschaft *mündet*, bezieht sie, selbst einer *vorgängigen subjektiven Wertung* zu entspringen: Damit wird die Armut, die zu dieser Gesellschaft systemnotwendig dazugehört wie das Amen in der Kirche, zu *einem nur subjektiv gesehenen Umstand* zurückgenommen, dessen Anerkennung von Wertung und Gesinnung abhängt.

Natürlich haben die Armutsforscher deshalb keineswegs vor, den unmöglichen Auftrag und die dazugehörigen Fonds zurückzugeben. Im Gegenteil: Der Unmöglichkeit eingedenk, lässt sich die restlichen 365 Seiten viel zur Armut sagen, „differenziertes“ sogar, so die Auskunft. Man erklärt das Faktum der Armut zum methodischen *Problem seiner Erfassbarkeit* – und befasst sich fortan mit diesem Problem. Man macht sie wissenschaftlich fragwürdig – und eröffnet sich unter der Beteuerung von Skrupeln und Vorbehalten die Freiheit, einen genehmen, den eigenen Überzeugungen entsprechenden „Armutsbegriff“ zu basteln, ihn zu interpretieren und zu operationalisieren, damit man mit seiner Hilfe die unübersichtliche Empirie sortieren und in ihr die Armut finden kann, die man finden wollte.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

## Bildung ist eine Ware?!

# Wissenschaft, Ausbildung und die aktuelle Hochschulreform

Vortrag von Prof. Dr. Margaret Wirth, Uni Bremen

Wissenschaft galt einmal als Aufklärung, als Hebel des Fortschritts hin zu einer besseren, vernünftigeren Welt. Fortschritte in der Naturbeherrschung wurden in Hebel für eine bessere Gesellschaft übersetzt: Für ein längeres, gesünderes Leben, für neue Technologien zur Humanisierung der Arbeitswelt und für mehr Freizeit. Gesellschaftstheorie sollte kritisch sein, womit gemeint war: Sie sollte bestehende Verhältnisse in Frage stellen und Vorschläge entwerfen für ein friedlicheres, harmonischeres Zusammenleben der Menschen. Ähnlich bei der Bildung: Sie stand im Ruf, den Menschen zu veredeln, ihm die Teilhabe am geistigen Leben zu eröffnen, seine Selbstverwirklichung so erst recht zu ermöglichen.

Die Wahrheit über Wissenschaft und Ausbildung im Kapitalismus war das nie – aber eine schöne Einbildung für Wissenschaftler und Studierende, wozu ihr Nachdenken, Forschen und Lernen recht eigentlich gut sein sollte.

Heute ist davon nicht mehr die Rede. Von Politikern über Uni-Rektoren bis hin zur Journaille sind sich alle einig: Von Wissenschaft und Ausbildung erwarten sie sich nichts anderes, als dass sie für die nationale Wirtschaft eine Ressource im globalen Konkurrenzkampf sein sollen. Vom Fortschritt verspricht man sich nichts, oft genug kennt man seine Nachteile; aber ohne Atomtechnik und Genfood ist der deutsche Standort nun einmal nicht konkurrenzfähig, also sind sie nötig und unverzichtbar.

Unzufriedenheit mit Wissenschaft und Ausbildung wird vorgetragen im Namen ihrer Funktion für „das Wachstum“. Politiker und Uni-Spitzen wollen von der Wissenschaft mehr Innovationen und High-Tech-Produkte.

Für die Studenten sind Wissenschaft und Ausbildung Hilfsmittel zur Bewältigung der Anforderungen des Arbeitsmarkts – wo sie für genau diese geforderten Funktionen der Wissenschaft sorgen sollen. Viele Studierenden protestieren gegen Elite-Unis und Studiengebühren mit dem Einwand: ‚Wir sind doch die nationale Bildungsressource; wir sind doch die Qualifikationen von morgen, die ihr braucht – deshalb dürft ihr uns das Studieren nicht finanziell erschweren oder gar verunmöglichen.‘

Wenn sich schon alle Welt so sicher ist, dass Wissen und Bildung für nichts anderes da sind und sein sollen als für das Wachstum der Wirtschaft und das Vorankommen des „Standorts Deutschland“; wenn schon feststeht, dass alle Menschen nun deshalb Bildung brauchen und wollen, damit sie den Unternehmern auf dem Arbeitsmarkt ein passendes Angebot machen können – dann ist es notwendig zu untersuchen, welche absurde Rolle das Wissen als Mittel nationaler Profitmacherei spielt. Erläutert werden soll, warum dieses Wissen so aussieht, wie es aussieht, und wie dessen Produktion organisiert ist, so dass es seine kapital- und staatsnützliche Rolle spielen kann. Dabei wird sich auch der Zweck der aktuellen Reformpläne klären, ebenso die Frage, ob die amtierenden Bildungspolitiker sich wirklich an der „Ressource Bildung“ versündigen, wenn sie Studenten fürs Studieren ganz anders als bislang zur Kasse bitten. Und es wird sich zeigen, dass Bildung auch durch diese Reform nicht „zur Ware“ wird – was ihren Inhalt und ihren Auftrag kein bisschen besser macht.

### Vortrag mit Diskussion

Tübingen: Dienstag, 28. Juni, 19 Uhr,

Neue Aula Hörsaal 2, Wilhelmstr. 7

Freiburg: Mittwoch, 29. Juni, 19 Uhr,

KG II, Raum 2004

### Alternativveranstaltung im Rahmen der Protestwochen

Stuttgart: Donnerstag, 30. Juni, 18 Uhr,

Uni Stuttgart, Keplerstr. 17, KII,

Treffpunkt im Foyer – dort Wegweiser folgen!

Zweitens definieren die Armutsaufklärer die Aufgabe einer wissenschaftlichen Befassung mit dem verbreiteten ökonomischen Mangel, den massenhaft Leute in unserer Gesellschaft mit ihren Methoden der Reichtumsvermehrung leiden, in einer Weise, die erst recht die Sache verflüchtigt, deren Erklärung sie da ganz ‚exakt‘ anzugehen behaupten: Man muss sie ‚messbar‘



Sie hat alles was sie braucht bei sich!

machen, sonst entbehrt sie der Objektivität. Man muss den Verfassern des Armutsberichts direkt Recht geben: Wenn es die Aufgabe sein soll, Armut empirisch zu vermessen, dann braucht es dafür tatsächlich ein methodisches Vorurteil, das die Messlatte abgibt. Vermessen ist allerdings sehr verschieden vom Erklären des Massenphänomens Armut. Für eine Ermittlung der Ursachen, warum es bei all der ‚sozialen Verantwortung‘ auf die die Macher dieser Gesellschaft so Wert legen, immer noch, immer wieder und immer mehr Arme neben den wenigen Reichen gibt, wäre allerdings eine Befassung fällig mit den organisierten Diensten, die die lohnarbeitende Menschheit für Vermehrung von deren Geldvermögen leistet und die dafür sorgen, dass ihr Lohn regelmäßig so beschränkt ausfällt und sein Bezug für immer mehr zu einer prinzipiell unsicheren Sache wird. Dazu ist die bemühte Auskunft über die Anzahl an Armen und den Grad ihrer Armut kein Beitrag. Für ein anderes ‚wissenschaftliches‘ Anliegen ist es dagegen durchaus passend und zielführend, Armut messen zu wollen und sich dann mit den Schwierigkeiten auseinander zu setzen, das passende Instrumentarium dafür zu finden – für die Frage nämlich, die die Armutsforscher sich zum Gegenstand ihres Forschens erkoren haben: Wie wenig Geld muss der Mensch haben, um überhaupt – sachverständig gesehen – als arm durchzugehen? Wer der skeptische Frage nachgeht, ob und in welchem Umfang ‚Armut‘ überhaupt nachweisbar ist, der will nichts begreifen, sondern fordert unter dem falschen Etikett ‚Begriff‘ ein Kriterium, das ihm die Abgrenzung zwischen Armut und Nicht-Armut und die Entscheidung über das Ausmaß existenter Armut erlaubt. Wo fängt Armut an, wo hört sie auf? Ab welchem Grad von Mangel darf ich, muss ich das schlimme Wort sagen, und bis wohin brauche ich das nicht?

„Ein bestes Messkonzept der Armut kann nicht festgestellt werden, weil der Maßstab dafür, bei welchem Einkommen, Lebensstandard oder Handlungsspielraum Ungleichheit nicht mehr hingenommen werden kann, gesellschaftliche Wertvorstellungen oder sozialpolitische Normen liefern.“ (S. 8)

Ihnen geht es, sie sagen es gerade heraus, um die Scheidung zwischen *tolerierbarer* und *nicht akzeptabler* Armut.

### Erst mal definieren! Welcher Armutsbegriff gefällt am besten?

Wenn man auch nicht hoffen darf, ein ‚bestes Messkonzept‘ zu finden, lassen sich doch Notwendigkeit, Verantwortbarkeit und Nützlichkeit alternativer ‚Armutsbegriffe‘ abwägen. Schwierig finden die Forscher da die Wahl eines vertretbaren Armutsbegriffs besonders heutzutage, wo es doch tatsächlich Arme gibt,

die sich nicht gleich physisch verabschieden, sondern glatt dauerhaft in Armut leben:

„In Gesellschaften wie der unseren liegt das durchschnittliche Wohlstandsniveau wesentlich über dem physischen Existenzminimum. Hier ist ein relativer Armutsbegriff sinnvoll, um Problemlagen angemessen zu erkennen.“

Läge das durchschnittliche Wohlstandsniveau auf dem Existenzminimum, und alle, die das nicht erreichen, würden auf der Stelle verhungern, dann gäbe es keine Armen, aber von Armut könnte in objektiver Weise gesprochen werden; ein *absoluter Armutsbegriff* ohne anfechtbare Werturteile wäre möglich. Aber so leicht hat es die Wissenschaft in unseren bequemen Zeiten nicht mehr, in denen Armut allenfalls noch eine *relative* ist. Das ist gelungen: Kein Wort von der *Relation, die Armut ist*. Die Frage, wie Armut und Reichtum ursächlich miteinander zu tun haben, also die wirkliche *kapitalistische, Relation* zwischen einer Produktion nach Rentabilitätsmaßstäben mit Lohnstückkosten und Gewinn

und den Geldsorgen beschäftigter und unbeschäftigter Lohnarbeiter, ersetzen sie drittens durch eine geistige Bemühung anderer Art. Ihre Anstrengungen, dem gesellschaftlichen Phänomen auf den Grund zu gehen, bestehen in einem – wenn man einmal moralisch werden wollte – ziemlich zynischen und – wenn man es mehr wissenschaftlich nimmt – grundfalschen *Vergleichswesen*. Sie stellen Untersuchungen an, wie viel Geld die Menschen so im Vergleich zueinander haben, machen die begriffslose Unterscheidung in mehr oder weniger – und machen diese Unterscheidung dann auch noch nur zwischen denen, die in dieser Gesellschaft dasselbe ‚Schicksal‘ teilen, nicht die Organisatoren der Reichtumsvermehrung, sondern deren Objekt zu sein. Bei denen werfen sie die Frage auf, wann man zu deren Lebensbedingungen überhaupt Armut sagen darf, wenn doch die einen besser, die anderen schlechter gestellt sind, zu jedem potentiellen Armen sich also ein Ärmerer finden lässt, der ihn vergleichsweise reich aussehen lässt. Wer im Slum haust, ist dann arm, wenn für seine Mitbürger das Bewohnen von Ein- oder Mehrraumwohnung normal ist, nicht aber, wenn die auch alle in Slums hausen. Armut wird also nicht bestimmt im Verhältnis zum vorhandenen Reichtum und auch nicht im Verhältnis zu den Bedürfnissen, die die Menschen in einer Gesellschaft haben und nicht befriedigen können. Sie wird bestimmt aus dem Armutsniveau, das in einer Gesellschaft normal ist und dem Anspruchsniveau, das man deshalb den Armen wissenschaftlich zubilligt.

So banal und undifferenziert drücken Armutsforscher das natürlich nicht aus; sie suchen nur streng methodisch unermüdlich nach dem Maßstab, wann etwas von diesen gewöhnlichen Lebensumständen überhaupt zu recht ‚Armut‘ genannt werden darf, und arbeiten sich dabei zu den feinen Differenzierungen zwischen Armut und den gewöhnlichen proletarischen Lebensverhältnissen vor, die man keinesfalls damit verwechseln darf. Denn so schwer verantwortbar es auch sein mag, die subjektiv wertende Festlegung auf einen ‚Armutsbegriff‘ ist unverzichtbar; es braucht schließlich eine Messlatte, mit der die Forscher ins Datenmaterial ihren Strich ziehen, der arm von nicht arm scheidet. Ein unlösbares Dilemma? Zum Glück nein! Viertens nämlich kommen die Forscher zu dem Ergebnis, dass es doch möglich ist, Armut einzugrenzen, zu messen und einen gewissen Teil der nationalen Mannschaft darunter zu subsumieren, bzw. einen viel größeren aus diesem Zustand herauszudefinieren. ‚Armut‘ liegt dann ziemlich verlässlich, aber eben auch nur dann vor, wenn Menschen unter eine Armutsdefinition fallen, die, wenn auch nicht gerade wissenschaftlich, so doch garantiert nicht bloß subjektiv ist: die *von Staats wegen* erlassene Definition nämlich. Sie, die den Staatsleuten sagen sollen, was Armut ist und wie es um sie steht, bedienen sich überschläu einer Grenzziehung, die die Politik ganz ohne

ihre Hilfe beschlossen hat, und lassen sich von der nun ihren ‚Armutsbegriff‘ vorgeben: Er heißt 60%. „*Es wird im Bericht die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition verwendet.*“ Eine feine Auskunft darüber, was Gültigkeit in der Wissenschaft heißt.

### Von der Armut zum Armutsrisiko: Wer kein Geld hat, riskiert Armut!

Nach der Vorgabe der EU ziehen die Forscher dann fünftens ihre willkürliche Grenze ins Datenmaterial – das aber überaus exakt:

„Die Armutsrisikoquote ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren ‚bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen‘ weniger als 60 % des Mittelwerts (Median) aller Personen beträgt. Das Nettoäquivalenzeinkommen wird ermittelt als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, in dem das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Personengewichte – abgeleitet über die neue OECD-Skala – geteilt wird. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsrisikogrenze 938 Euro.“ (S. 6)

Ist nun arm, wer weniger als 938 Euro zum Leben hat? Nein, so definitiv wollen die Armutsdefinierer selbst das nicht gelten lassen: Er läuft nur das *Risiko*, in Armut zu geraten! Die Forscher erinnern sich der Willkürlichkeit ihrer Grenzziehung und wollen über die chaotische Empirie, in der manches möglich ist, auf keinen Fall zu viel behaupten. Es könnte ja sein, dass ein an sich armer Künstler einen Mäzen hat, dessen Zuwendungen nicht im Nettoäquivalenzeinkommen erfasst werden, es könnte sein, dass einer wenig hat, aber auch wenig braucht ... Zu mehr als, dass, wer kein Geld hat, in Gefahr ist, arm zu werden, lassen sie sich nicht hinreißen. Damit haben sie eine weitere Leistung ihrer Definitionskunst erbracht: Materieller Mangel, alles, was im wirklichen Leben Armut heißt, lässt diese Wissenschaft nur als *Möglichkeit der Armut* gelten. Armut selbst wird dadurch immer rätselhafter.

Freilich sind die Armutsforscher damit immer noch nicht am Ende. Sie „*erweitern*“ sechstens den ‚Armutsbegriff‘ in Richtung auf einen höheren Sinn.

### Armut ein Risiko, Reichtum eine Chance – auf Teilhabe und Selbstverwirklichung.

„Einkommensarmut ist jedoch lediglich ein – wenngleich oft sehr wichtiges – Element für die Identifikation von Armut. Darüber hinaus haben auch nicht-materielle Ressourcen (wie zum Beispiel Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenzen) maßgeblichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen. (S. 11) ... Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht begreift Armut und Reichtum als Pole einer Bandbreite von Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Armut ist dann gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen.“ (S. 9)

Damit kommt die Begriffsbildung an ihr antimaterialistisches Ziel. Es wird nur mehr im Modus der Möglichkeit argumentiert: Armut im landläufigen Sinn, ist eine Gefahr in eigentliche Armut zu geraten, wirklicher Reichtum nichts als eine Möglichkeit wahren Reichtum zu erlangen. Der besteht offenbar darin, dass man sich wohlfühlt, und das geht, laut Armutsbericht, durchaus auch ohne Geld, aber mit Gesundheit und lieben Mitmenschen. Geld macht nicht glücklich! Froh zu sein bedarf es dagegen wenig, denn Raum ist in der kleinsten Hütte, auf die inneren Werte kommt es an und Liebe ist das höchste Gut. Die hohe Wissenschaft verkündet die Weisheit der alten Mütterchen, mit der Armut für unerheblich erklärt wird! Man „*verstehen*“ Zugang zum wie Ausschluss vom materiellen Reichtum als einen Weg zum Ideal des Glücks – und siehe da, beide sind bloße Möglichkeiten.

Als gleichwertige Formeln für das geglückte Leben bekommen wir Selbstverwirklichung und Teilhabe genannt: Wahrhaft und nicht nur möglicherweise arm ist demnach, wer vom

gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist, keine Rolle mehr hat, durch deren Ausfüllen er sich verwirklichen könnte. Worin die ‚Teilhabe‘ besteht, soll für diesen Weg zu wahren Reichtum keine Rolle spielen. Der höhere, humanistische Armutsbegriff zielt – jetzt doch wieder gut erkennbar – auf die Arbeitslosen; aber eben nicht unter dem Gesichtspunkt, dass denen das Geld zum Leben fehlt, sondern unter dem Gesichtspunkt, dass sie von Arbeit und Teilhabe am Gemeinschaftswerk ausgeschlossen sind. Das ist der endgültige und letzte Ertrag der kategorialen Bastelanleitung: Wer für den Reichtum der Reichen, von dem er nichts hat, arbeiten darf, zählt *nicht* zu den Armen, fast schon gleichgültig, was er verdient. Nur wer keine Gelegenheit bekommt, im Dienst an Kapital und Staat zu zeigen, was für Potentiale in ihm stecken, dem wird wirklich verweigert, worauf er Anspruch hat:

„Schließlich entscheiden gesellschaftlich bedingte Chancen darüber, welche Konsequenzen sich aus den unterschiedlichen individuellen Potenzialen im Endeffekt tatsächlich ergeben.“

Dieses Unrecht trauen sich die wertfreien Wissenschaftler dann doch unverblümt anzuklagen und daraus leitet sich der Auftrag an die ‚Gesellschaft‘ ab, für Teilhabe zu sorgen: Abhilfe gegen den Ausschluss, Nachhilfe fürs ‚auf eigenen Beinen stehen‘, Mobilisierung derjenigen, die das Selbstverwirklichen schon aufgegeben haben, darin besteht der, nunmehr wissenschaftlich fundierte, Königsweg zu Armutsbekämpfung. Die Regierungsforscher tun ihrem Auftraggeber den Gefallen, Armut als genau das zu definieren, was der mit seiner ‚aktivierenden Sozialpolitik‘ so überaus hart bekämpft. Damit ist der kategoriale Rahmen fertig, unter dem die weiteren 300 Seiten Zahlen und Statistiken einzuordnen und zu deuten sind. Was die Zahlen betrifft, wird nichts verschwiegen oder verharmlost über die kaputten Existenzen und zerstörten Leben, die zu unserer Gesellschaft dazugehören. Es kommt nur darauf an, sie richtig zu ‚verstehen‘.

„Der Bericht verdeutlicht, dass das Armutsrisiko in erheblichem Umfang mit Arbeitslosigkeit korrespondiert. Wenn aber Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, dann muss sich sozial gerechte Politik vorrangig an der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt orientieren. ... Das weist auf die zentrale Bedeutung von Wirtschaftswachstum hin.“ Dazu müssen „die Lohnnebenkosten weiter sinken ... usw.“ (S. 194 ff) – aber das hatten wir schon. Quod erat demonstrandum.

\* Der einzige Bereich übrigens, bei dem Mangel tatsächlich durch Geld behoben werden kann, ist die Armutsforschung selbst. Erstens hat sie mit der weiteren Klärung des schwer messbaren und werturteilsbehafteten Armutsbegriffs noch alle Hände voll zu tun. Und zweitens wartet längst eine noch ungelöstere Aufgabe: Wenn schon die Armut so ein ‚komplexer‘ Forschungsgegenstand ist, wie steht es dann erst mit dem Reichtum...

Die Diagnose: „Gegenwärtig kann eine vollständige Operationalisierung des sehr komplexen Ansatzes der Teilhabe- und Verwirklichungschancen noch nicht gelingen. Geeignete Messinstrumente müssen erst noch weiter entwickelt werden.“ Vor allem „bei der begrifflichen Fassung von Reichtum kann nicht in analoger Weise wie bei Armutsfragen an eine etablierte Forschungsrichtung, konzeptionelle Vorarbeiten und empirische Arbeiten angeknüpft werden.“

Die Therapie: „Die Bundesregierung hat angesichts der noch weitgehend diffusen begrifflichen Fassung von Reichtum die Forschungsaktivitäten im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung insbesondere zur obersten Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung intensiviert.“ (S. 11)

Da sind noch viele Projekte und Doktorarbeiten fällig – zum Wohle der Armen!

## Noch ein Skandal

# Feinstaub schadet der Gesundheit

### – von Bund, Ländern und Gemeinden, Industrie, Handel und Konjunktur.

Nach den Osterfeiertagen geht es mal nicht um Schadstoffe in Nahrungsmitteln, Wäldern oder Flüssen. Auch Nickel, Blei, Schwefeldioxid und -monoxid, Ozon und Radioaktivität in der Luft sind nicht dran. Denn jetzt ist "Feinstaub-Alarm". Stellvertretend für den Bürger erschrecken die Organe seiner Meinungsbildung blitzartig über die "unsichtbare Gefahr" "mikroskopisch kleiner Killer-Partikel", die aus Dieselruß, Baustaub, Reifenabrieb und Abgasen von Industrie und Heizungen bestehen und die so klein sind, dass sie in Nase und Mund nicht hängen bleiben, sondern ungehindert in Atemwege und Blut gelangen. Selbstverständlich ist die Gefährlichkeit des feinen Staubs seit Jahren denen bekannt, die es wissen wollten – am Ostermontag wird ein öffentlicher "Skandal" daraus: Am 1. Januar 2005 ist nämlich eine vor Jahren beschlossene, ziemlich vertrackte EU-Richtlinie in Kraft getreten, nach der ein Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft an nicht mehr als 35 Tagen im Jahr überschritten werden darf. Nach gerade 79 Tagen des Jahres 2005 hat München, darin Spitze in Deutschland, sein Kontingent an schmutziger Luft schon ausgeschöpft; der Ostermontag ist der 36. Tag. Die Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts macht aus der langjährigen Belastung der Bevölkerung eine ungesetzliche und daher empörende Schädigung, aus der ungesunden Normalität einen

Fließqualität des Bluts (Folge: Herz-Kreislaufkrankungen). Eine Vermeidung der "anthropogenen" Freisetzung der ohnehin vorhandenen Feinstäube, das "medizinisch Sinnvolle", steht aber gar nicht auf dem Programm, wenn ein Grenzwert festgelegt wird. Die Frage heißt vielmehr: Wie viel von dem Schadstoff soll freigesetzt, also auch *erlaubt* werden können, ohne dass zu viele Bürger davon krank werden und sterben. Epidemiologische Untersuchungen der EU errechnen, wie auch immer, "allein für Deutschland jährlich 65.000 Tote" und kommen zu dem Schluss, dass da doch nicht nur eine vertretbare Anzahl von Volksgenossen die übliche Dosis nicht aushält, sondern *das Volk selbst*. Diese Jahresdosis ist also zu hoch.

Das "technisch Machbare" hat viel mit den Kosten für die erforderliche Technik zu tun; was da "möglich" ist, entscheidet sich an der Rentabilität der Geschäfte, die damit zu machen sind. Für marktwirtschaftlich rechnende Unternehmer sind Emissionsbeschränkungen allemal von Übel, weil sie die rentabelste, nämlich billigste Lösung – ab in die Luft mit den Produktionsrückständen – verbieten. Zwischen den gegensätzlichen Notwendigkeiten der Volksgesundheit und der Volkswirtschaft hat die EU ihre Abwägung getroffen und sich dabei einerseits an dem Grenzwert orientiert, den die Wächter der Weltgesundheit von der

- Der Verursacher Straßenverkehr hat zwar nur 25% auf dem Kerbholz, hier lässt sich aber schon eher etwas machen. Fahrverbote und City-Maut allerdings nicht. Sie schaden dem Umsatz des *Einzelhandels*, weil sie das Einkaufen mit dem Auto erschweren würden. Für die *Industrie* kommen beide Maßnahmen nicht in Frage, weil sie "in manchen Betrieben die Produktion zum Erliegen" brächten. Derart dramatische Gefahren malen Unternehmer an die Wand, die sich um ihre Transportkosten und Lieferzeiten für Vor- und Endprodukte kümmern und sich sicher sind, dass ihnen Übertreibungen nicht krumm genommen werden, weil von ihrem Privatinteresse alle anderen abhängen.

- Auch Sonntagsfahrverbote kommen nicht in Frage. Sonntagsfahrten dienen zwar mehrheitlich nur dem Privatvergnügen, sind aber ebenfalls nicht verzichtbar. Weil auch Vergnügen Geldausgeben ist, "Konsumzurückhaltung" aber ein Vergehen am zarten Pflänzchen 'Aufschwung' wäre, ist auch diese Maßnahme "kontraproduktiv".

- Rußpartikelfilter dagegen sind machbar, zumal solche, die nicht in Lkws eingebaut werden und dem Transportgewerbe höhere Kosten aufbürden: Filter für Diesel-Pkws sind die Lösung – auch wenn der Pkw-Anteil an der Luftbelastung selbst nur ein kleiner Teil jener 25% sind, die dem Verkehr insgesamt zugeschrieben werden. Natürlich darf man die Autoindustrie zu nichts zwingen. Man muss sehen, wie sich Rückhaltetechniken mit ihrem Geschäft verknüpfen und zum Konkurrenzargument beim Autoverkauf machen lassen: In dieser Hinsicht hat die deutsche Autoindustrie, der man nun anklagend das Vorbild der französischen Konkurrenten vorhält, keineswegs "geschlafen". Während jenseits des Rheins schon länger Rußfilter für ein "Öko-Image" sorgen und den Verkauf französischer Diesel-Modelle ankurbeln sollen, verfolgen deutsche Autobauer ihre eigene Strategie. Sie setzen auf PS-schonende, nur beim Ruß nicht ganz so effiziente Verfahren zur Minderung der Schadstoffemissionen ohne Filter und verlassen sich auf eine Kundschaft, die heiße Öfen höher schätzt als ein paar vermiedene Milligramm Ruß. Jetzt verlangt die Gesetzeslage nach Filtern – und die deutsche Autoindustrie nach Subventionen, damit der geforderte Einbau ein Geschäft wird und nicht etwa die Modelle unschön verteuert und deren Absatz bremst. Leider hat die klappte Kasse des Bundes für die gute Sache kein Geld übrig. Er verweist auf die Zuständigkeit der *Länder* für die Kfz-Steuer. Auch die wissen freilich bessere Verwendung für ihre knappen Haushaltsmittel und können sich nur "aufkommensneutrale Subventionen" vorstellen.

So und nur so ist die Einhaltung der Feinstaub-Richtlinie vielleicht doch machbar: Die Besitzer von alten Diesel-Pkws, die keinen Filter haben, bekommen – strafweise für ihre gesundheitsschädlichen Stinker - eine höhere Kfz-Steuer aufgebürdet, mit deren Aufkommen sie dann die Steuernachlässe subventionieren, die andere zur Nachrüstung oder zum Kauf rußarmer Diesel anreizen sollen. So ist Umweltschutz möglich! Allen volkswirtschaftlich wichtigen Subjekten sind die Kosten dafür ja nicht zumutbar.

Mit Auskünften über systemnotwendige Gesundheitsschäden lassen es Politik und Medien freilich nicht gut sein. Sie fordern die eingestaubten Bürger auf, ihre Sorgen zu vergessen und sich gefälligst den viel wichtigeren Sorgen der Staubproduzenten und Standortverwalter zuzuwenden: Was soll aus der Konjunktur und dem "nächsten Autofrühling" werden, "auf den wir seit Jahren warten" (Automobilprofessor Dudenhöfer), wenn wegen der Feinstaubdebatte der Kauf von 30.000 Dieselfahrzeugen aufgeschoben wird? Wer denkt an die Kommunen? "Die deutschen Städte tun sich schwer mit der neuen Verordnung." (Spiegel online, 31.3.) Was sonst nicht gerade üblich ist - Mitleid mit Subjekten, die Gesetze erst verletzen und dann in Frage stellen -, ist in diesem Fall angesagt: Die armen Kommunen stecken in einer "Feinstaubfalle", weil sie von "Feinstaub-Freischärlern" verklagt werden, deren "Werkzeug die EU-Richtlinie" ist. Die wahren Opfer der "Feinstaubkrise" sind Bund, Länder, Gemeinden und die (Auto-)Wirtschaft. Deren Wohlbefinden steckt ohnehin in einer Krise und jetzt macht ihnen die EU das Leben mit ihrem neuen Grenzwert noch extra schwer.

Das ist eigentliche Skandal: Andauernde "Feinstaubdebatten" "vergiften das Konsumklima", "gefährden Arbeitsplätze", sind also einfach "neben der Kappe" (Clement). Der Doktor Eisenbart aus dem Wirtschaftsministerium sagt den Bürgern mal wieder, dass sie am meisten sich selbst schaden, wenn sie sich Sorgen um ihre Gesundheit machen. Und weil diese Sorgen Jobs gefährden, sind sie auch medizinisch ganz unangebracht:

"Je mehr in der Debatte Staub in jeder Größenordnung aufgewirbelt wurde, umso verwirrter wurden die Bundesbürger und horchten in sich hinein: der lästige Husten des Nachwuchses, dieses Ziehen in den eigenen Bronchien ..." (Der Spiegel, 14/05)

Das verweichlichte Volk, ein Haufen von eingebildeten Kranken, leidet an einer "Feinstaubhysterie"! Da kann man ja glatt wieder aufatmen!



"Feinstaubskandal". Wo das Recht das Maß der Gesundheitsverträglichkeit setzt, und die Empörung sich am Erlaubten orientiert, gehen die Stäube unterhalb der erlaubten Konzentration selbstverständlich schon mal gleich in Ordnung. Dabei ist, was der neue

#### Feinstaub-Grenzwert

erlaubt, nicht von Pappe. Er soll – nach Auskunft der zuständigen Experten – ein "Kompromiss aus medizinisch Sinnvollem und technisch Machbarem" sein. (Spiegel online, 31.3.) Ein Kompromiss liegt in der Tat vor; die beiden Seiten, zwischen denen der behördliche Grenzwert vermittelt, sind jedoch ein wenig anders beschaffen: Weder steht auf der einen Seite das medizinisch Gute, Wahre und Schöne, noch stehen auf der anderen die harten Gesetze von Natur und Technologie, die nicht alles wünschbare zulassen.

Wenn Politiker vom "medizinisch Sinnvollen" reden, meinen sie nicht das gesundheitlich, sondern *volksgesundheitlich* Sinnvolle: Die Fachleute der EU geben ja selbst bekannt, welche Organe wie durch die kleinen Partikel geschädigt werden: Sie dringen ein in Lungenbläschen, Bronchien und Blut, verändern den Zellstoffwechsel (Folgen: Entzündungen, Wucherungen, Krebs) und vermindern die

WHO festgesetzt haben: 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Da die EU aber einen Kapitalstandort betreut, der demnächst der "wettbewerbsfähigste der Welt" sein soll, haben die Kommissare entschieden, dass die EU-Bürger auch im Aushalten von Schmutz wettbewerbsfähig sein müssen. Wo die WHO der Weltbevölkerung besagte Dosis an 14 Tagen im Jahr zumutet, sattelt die Kommission noch 21 drauf: macht 35.

Nach der gesetzeswidrigen Überschreitung debattiert die Nation über

#### Maßnahmen zur Einhaltung des Grenzwerts-

und rückt dabei die Schäden und Gefahren, die von dem feinen Staub ausgehen, gründlich zurecht. Was, so die heiße Frage, lässt sich zur Eindämmung der schädlichen Partikel überhaupt unternehmen, ohne an anderer Stelle viel schlimmeren Schaden anzurichten?

- Nichts tun kann man schon mal gegen den Staub, den die Industrie produziert. Der macht zwar immerhin 40% der Gesamtbelastung aus, aber hier ist "weitgehend alles ausgereizt" – will sagen: bessere Luftfilter wären deutlich teurer als die vorhandenen. Die sind der *Industrie* nicht zuzumuten. Stäube dieser Herkunft können wir also schon mal vergessen.

## Mehr?

Dann schau` doch mal auf folgende Seiten:

Tübingen: [www.versus-tuebingen.de](http://www.versus-tuebingen.de)

Stuttgart: [www.gegenstandpunkt-s.de](http://www.gegenstandpunkt-s.de)

Freiburg: [www.politischebildung.net](http://www.politischebildung.net)

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

[www.contradictio.de](http://www.contradictio.de)

[www.argudiss.de](http://www.argudiss.de)

Und im Radio: Freies Radio für Stuttgart  
mittwochs von 18 - 19 Uhr; UKW 97,2 MHz  
und 102,1 MHz im Kabelnetz

[www.gegenstandpunkt.freies-radio.de](http://www.gegenstandpunkt.freies-radio.de)

## Die zehn dummen Fragen der Philosophie und die Antwort auf die Frage: Was ist Philosophie?

In der Philosophie werden Fragen für wichtiger erachtet als deren Beantwortung. Auf Wissen zielen die Fragen der Philosophen also nicht. Nicht nur, dass sie in dem nunmehr über 2000 Jahre währenden „Diskurs“, als den sie ihre Disziplin vorstellen, keine einzige ihrer Fragen abgehakt haben: Sie warnen sogar vor dem Bedürfnis nach Wissen. Wenigstens die Philosophen scheinen sich an diese Warnung gehalten zu haben: Die heutigen Lehrer dieser Disziplin wissen in der Tat nichts mehr. Das macht aber nichts. Die Fragen, die sie in philosophischen Vorlesungen und Seminaren vorlegen, sind nämlich schon die fertigen Antworten, die ihre Liebe zur Weisheit hervorbringt. Und zwar Antworten, die für sie außer Frage stehen.

Teil I:

1. Transzendentalphilosophie: Was ist die „Bedingung der Möglichkeit“ von ...?
2. Erkenntnistheorie: Was kann ich wissen?
3. Sprachphilosophie: Was darf ich sagen?

Teil II:

4. Ontologie: Was ist das Sein?
5. Geschichtsphilosophie: Was darf ich hoffen?
6. Naturphilosophie: Die Frage „Wozu?“
7. Moralphilosophie: Was sollen wir tun?

Teil III:

8. Existenzialismus: Die Schuldfrage
9. Dialektische Philosophie: Was darf ich kritisieren?
10. Anthropologie: Was ist der Mensch?

### Teil III:

## 8. Existenzialismus Die Schuldfrage

Es gibt eine Spezies von Philosophen, die sich kritisch gegen jene Tour wendet, aus der Menschennatur Gebote fürs Menschsein ableiten zu wollen. Nicht deswegen, weil es ein Widerspruch ist, die Natur des Menschen so zu bestimmen, dass sie immer erst noch *verwirklicht* werden muss, also in Wirklichkeit gar nicht ist, wie behauptet, sondern erst durch die Anstrengung des moralischen Willens zu der werden kann, die sie angeblich schon ist. Der Existenzialist vermisst vielmehr „Freiheit“: nicht die, mit der sich der gewöhnliche Moralphilosoph an die „Erkenntnis“ und Erfüllung seines natürlichen Auftrags macht, sondern die, zu der er spätestens seit Sartre den Menschen „verurteilt“ weiß.

Ausgerechnet die Freiheit, sich selbst Zwecke vornehmen und diese zielbewusst verfolgen zu können, soll das schwere Schicksal „des“ Menschen ausmachen?! Dann muss wohl die Umkehrung – eherne Gesetze, denen der Mensch gehorchen muss, weil er nicht anders kann – das Ziel aller Träume sein – und so ist es auch gedacht: Wer nur sich selbst gehorcht und keiner fraglos anerkannten höheren äußeren Macht, kann die Verfolgung seiner Interessen nicht heuchlerisch als Dienst am Wahren, Guten und Schönen verkaufen, sondern muss seine Taten selbst verantworten.

Na und?! Der eine will die Sportschau sehen, der andere möchte Klavier spielen und die Dritte will etwas Leckeres auf dem Teller haben, und alle kümmern sich darum, ihre Wünsche in die Tat umzusetzen: Was soll daran so schrecklich

sein, dass es einer Verurteilung gleichkommt? Das: Dann sind Wille und Handeln ja gar nicht *legitimiert* und das ist auch für den Existenzialisten ein unhaltbarer Zustand, denn dürfen muss man schon können beim Wollen. Weil also der Mensch über einen Willen verfügt, als moderner Zeitgenosse aber damit rechnen muss, dass „Gott nicht existiert“ und damit keine von ihm, dem Menschen, getrennt existierenden Werte, die „unser Betragen rechtfertigen“, ist er von sich selbst allumfassend in die Pflicht genommen:

„Wenn ich in den Krieg ziehe, so ist dies mein Krieg.“ (Sartre)

Eine derart generelle Schuldzuweisung will nichts davon wissen, wer überhaupt in der Lage ist, Kriege anzuzetteln und warum und wofür, sondern macht aus dem mehr oder weniger bereitwilligen *Mittäter* eines Krieges dessen eigentlich tätiges Subjekt.

Was das soll? Jeder Mensch – egal, in welches „Sein“ genau er „geworfen“ wurde – wird, weil es ihn *gibt*, zum freien, gleichen und verantwortlichen Bestandteil der imaginierten Wertegemeinschaft namens „Menschheit“ erklärt und alle seine Taten zu einem Beitrag zu dem je aktuellen Weltzustand. So ist dann wenigstens dieser ein Stück weit entschuldigt: Er ist das Resultat von ziemlich verantwortungslos gelebter menschlicher Freiheit, also von „uns allen“.

## 9. Dialektische Philosophie Was darf ich kritisieren?

Auch für kritische Geister hat die Philosophie etwas zu bieten. Klar, dass hier Kritik nicht darin besteht, zu sagen, was einem nicht passt und dafür auch noch ein paar Gründe vorzubringen. Kritik muss „immanent“ vonstatten gehen: Man stellt sich auf den Standpunkt der kritisierten Sache und entdeckt lauter Anhaltspunkte dafür, dass sie ihren eigenen Maßstäben nicht genügt. Schließlich will man im kritisierten Gegenstand ein *Recht* haben, ihn zu kritisieren – alles andere wäre zuviel herausgenommen.

Die Welt einmal dialektisch betrachtet, tun sich so auch lauter *Widersprüche* auf. Eine Diagnose, die recht sonderlich ist, erfährt man

doch nicht einmal, was da in welcher Hinsicht widersprüchlich sein soll. Mit der Konstatierung von Widersprüchen ist diese Philosophie schon fertig, bevor sie etwas gesagt hat. Das Prädikat „widersprüchlich“ zeichnet nämlich ebenso wenig wie die Prädikate „einheitlich“, „begründet“ usf. etwas aus, weil es logische Kategorien sind, die man in ihrer ganzen abstrakten Armut an allem auffinden kann – wenn man darauf aus ist.

Dass es den kritischen Philosophen ausgerechnet die Kategorie des Widerspruchs angetan hat, ist so auch nicht in der Sache begründet, sondern in ihrem Anliegen, in der Sache einen

Mangel zu entdecken, der *ihr selbst* das Leben schwer macht: Zerfällt etwas in zwei sich widersprechende Seiten, so ist es mit sich selbst nicht in Eintracht und *berechtigt* zu Kritik. Zwar ist auch dies kein logischer Befund, sondern ein moralischer, aber es kam ja auch nur auf letzteren an: Was darf ich kritisieren? Ausgerechnet dort, wo sie kritisch werden, sich in einen Gegensatz zur Welt begeben, haben die Philosophen kein dringenderes Bedürfnis, als sich mit ihrer Kritik an der Welt auf sie berufen

zu können. So kommt einerseits eine untertänige Frage zustande, die nach der Erlaubnis fragt, kritisch zu werden, und andererseits Hoffnung auf, weil die kritisierte Welt sich durch ihre widersprüchliche Beschaffenheit selbst kritisiert. Zufriedenheit stellt sich ein, weil man die Welt als die Verwirklichung der eigenen Sichtweise kennen gelernt hat, und so ist auch eines – woran man bei Kritik doch eigentlich zuerst denkt – völlig abwegig: Gegnerschaft.

## 10. Anthropologie Was ist der Mensch?

Die Frage „Was ist der Mensch?“ hat sich die Antwort schon erteilt. Sie setzt nämlich ein Subjekt in die Welt, das von allen Qualitäten, welche die Menschen und ihr Treiben ausmachen, abzusehen gebietet, um dann nach der Qualität dieser Abstraktion zu fragen:

„...hat sich die philosophische Anthropologie als eine systematische Disziplin konstituiert, die sich einmal mit dem Menschen, als Menschen befasst. (Lexikon der Philosophie)

Der Mensch *als solcher* ist eben das Gebot, alles, was Menschen sind und tun, so zu betrachten, dass es eben *Menschen* sind, die solches tun und sind und nicht – ja, was eigentlich nicht?

Das Tautologische der anthropologischen Fragestellung ruft das Bedürfnis nach einem Abgrenzungsgegenstand hervor, von dem man den Menschen unterscheiden kann, weil man gar nicht positiv sagen kann, was dieser selbst ist. So kommt die Anthropologie auf einen verkehrten Vergleich von Mensch und Tier: Der Mensch *ist*, dass er sich vom Tier unterscheidet.

„Wesentliche Ideen dabei sind: die Unterschiedenheit des Menschen vom Tier durch Instinktarmut, bzw. –schwäche, die zugleich Instinktundenheit und Freiheit darstellt, die Welt 'offenheit' gegenüber der Umweltverhaftetheit des Tieres.“ (ebd.)

Während ein korrekter Vergleich die positive Kenntnis beider Seiten voraussetzt, wird hier jeweils eine Seite als *Fehlen* der anderen bestimmt: Tier nix frei, alles verhaftet, Mensch nix Tier, von Gebundenheit entbunden.

Wenn das Tier durch seinen Instinkt an die Umwelt gebunden ist, wird nicht erklärt, was

der Instinkt leistet, sondern wird als *mangelhafter Wille* vorgestellt, als ein Wille, dem seine Gegenstände vorschreiben, was er zu tun hat („verhaftet“). Umgekehrt wird der menschliche Wille als ein *Instinkt* vorgestellt, der den Mangel hat, dass ihm die Gegenstände nicht sagen, was er zu tun hat („Weltoffenheit“).

Die Anthropologie konstruiert den Menschen als ein Wesen, das nach einer Orientierung verlangt (weil fehlender Instinkt), d.h. gelenkt sein will, aber nicht einfach wie die sorglosen Viecher eine Orientierung *hat* – weil ausgesprochener Instinktchwächling –, sondern sich selbst erst eine schaffen muss. Und hierbei muss der Mensch verdammt aufpassen, dass er sein Menschsein nicht verfehlt, denn sobald ein Mensch etwas will, sich *bestimmte* Zwecke setzt, sieht die Anthropologie darin die Gefahr, dass er dadurch seine Offenheit für die *ganze* Welt beschränkt. Die Anthropologie liebt den Menschen daher, sofern er sich ihrem *Bild* von ihm gemäß zu machen sucht und sich selbst und seine Zwecke grundsätzlich für sehr fraglich befindet:

„Der Mensch ist das Wesen, das fragt, nicht nur was ist, sondern auch nach dem Warum und Wozu, und das sich schließlich selbst, in Frage stellen kann.“ (ebd.)

Es lieben also ihrerseits nur Menschen die Anthropologie, die in den Vorschriften, die einem diktieren, was man darf und was nicht, auf jeden Fall eine *Hilfe* für den um Orientierung ringenden Menschen erblicken wollen. So *menschlich* kann man die *Gewalt* sehen, wenn man glaubt, dass die Menschen, weil und solange sie nicht wissen, wer sie (doch wohl schon längst) *sind*, eine Führung brauchen, die auf ihr Menschsein aufpasst. – Woher weiß *die* das eigentlich?!

**Eine Diskussionsveranstaltung zu der Reihe „Die zehn dummen Fragen der Philosophie“ wird am Montag den 11.7. um 19 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Herzog-Ulrich, Ulrich-/Ecke Christophstr. stattfinden.**

### Jour Fixe

#### in Tübingen und Freiburg

**Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin teilzunehmen.**

#### Tübingen

**Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Herzog Ulrich, Ulrich-/Ecke Christophstr.**

#### Freiburg

**Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im u-asta-Gebäude in der Belfortstraße 24, schräg gegenüber von der UB.**